

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Druck: Nachrichten Dresden.
Gesamtpreis: 25 241.
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Schriftleitung und Hauptverlag:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Frankreichs wahre Ziele in Oberschlesien.

Die Garantie für Deutschlands Konkurrenzfähigkeit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 3. Nov. Der Pariser Korrespondent der United Press hat eine Unterredung mit einem französischen hohen Staatsmann der Außenpolitik, der sich als Sachverständiger mit nach Wahlen bezogen hatte. Der Diplomat sollte sich äußern über die Folgen der Lösung der oberschlesischen Teilung, inwieweit diese, wie Deutschland behauptet, auch für die anderen Staaten Europas nachteilig wirke. Er antwortete auf diese Frage: Diese Angelegenheit, besonders die Behauptung Deutschlands, daß es seine Entschädigungen nun nicht zahlen könne, seien für Frankreich und seine Politik keine „Frage“, da die französische Regierung hinsichtlich orientiert sei, daß die deutschen Angaben nicht auf Wahrheit beruhen. (1) Man brauche nur in Oberschlesien die Großindustrie zu beobachten, über deren künftiges Los entschieden wurde, seine einstige Veränderung, weder in finanzieller noch in materialer Hinsicht, sei dort zu erwarten. Die Betriebe arbeiteten weiter und würden auch in Zukunft produzieren, was sie bisher geleistet haben, gleichmäßig ob sie zu Deutschland oder Polen gehören. Das sei allein das Interesse Europas. Nationale Ziele hätten dabei keinen Einfluß gehabt und würden bei der Großindustrie auch nie in Erscheinung treten. Deutschland könne zahlen mit oder ohne Oberschlesien. (2) In der Abtrennung Oberschlesiens liege für die Alliierten eine wichtige Garantie, daß Deutschland mit seiner hohen Produktionskraft nicht schneller vorwärts komme, wie die Alliierten selbst. Die Verwertung der Finanzkraft, daß der französische Bedarf durch den Rückgang des deutschen mit gedeckt werde, könne sich nicht erfüllen, weil Frankreichs Konsum nicht so sehr abhängig von Deutschland sei. Die französische Industrie sei am wenigsten von der europäischen Krise betroffen. Auf die Frage, was Frankreich tun werde, wenn man wider Erwarten doch die deutschen Entschädigungen nicht bezahlt würden, antwortete der Diplomat: Nichts anderes als bisher. Keine Mittel haben wir immer gewirkt.

Eine neue polnische Brüskierung Deutschlands.

Warschau, 1. Nov. Die „Times“ meldet aus Warschau: Konstantin wurde als Sachverständiger in die Verhandlungskommission mit den Deutschen berufen. (1) Die polnische Regierung fordert die Arbeitslosenversicherung in Polen auf, alle sich meldenden Arbeitswilligen für das oberschlesische Industriegebiet anzunehmen.

Weitgehende Vollmachten der deutschen Kommissare.

Berlin, 3. Nov. Zur obersten Frage hat das Reichskabinett am Mittwoch unter Leitung des zurückgetretenen Reichsjustizministers Stellung genommen. Die ernannten Kommissare Schiffer und Wendt erhielten weitgehende Vollmachten für ihre Verhandlungen mit den Polen unter Vorbehalt der Endentscheidung durch das Reichskabinett.

Berlin, 3. Nov. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes wird Graf Schulenburg die deutsche Delegation nach Polen begleiten. Für alle Kommissionen zu Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen werden Arbeitnehmer hinzugezogen.

Bis hierher und nicht weiter!

Berlin, 3. Nov. Die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Werke protestierten gestern in einer überfüllten Versammlung gegen die drohende Stilllegung der Werke durch die französischen Maßnahmen. Redner aller Gewerkschaftsgruppen betonten ihre Teilnahme mit den 1000 Arbeitern und Angestellten der Deutschen Werke. Man betonte das Recht auf die deutsche Arbeit. Am Laufe der Verhandlung nahm auch der Generaldirektor das Wort, der erklärte, die Frage für deutsche Jugenschaft sei nun gezogen. Bis hierher und nicht weiter. Einzweifelungen lasse man sich die Deutschen Werke, die nur der Friedensarbeit dienen, nicht. Ein Mitglied des Betriebsrats der Deutschen Werke in Spandau erklärte, daß der Betriebsrat getreu dem französischen Oberst, der das Werk besucht habe, seine Meinung klar zu erkennen gegeben hätte. Hinter den Arbeitern und Angestellten der Deutschen Werke ständen geschlossen die deutschen Gewerkschaften. Die deutschen Arbeiter seien es nicht zu 40000 Familien bezugslos zu machen. Gleichzeitig hat der Betriebsrat auf einem Empfang beim General Rollé bestanden, um ihm den Standpunkt der Arbeiter und Angestellten zu übermitteln und das Recht auf friedliche Arbeit zu fordern. Die Einigkeit zwischen Direktion und Arbeiterchaft in der Abwehr der ungerechtfertigten französischen Zwangsmaßnahmen wurde auch in einer scharfen Resolution zum Ausdruck gebracht.

Die Zerführung der deutschen Unterseeboote.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

London, 3. Nov. In Verantwortung einer Anfrage erklärte der Vize-Lord der Admiralität, daß zwischen England und den Alliierten bezüglich der Zerführung der deutschen Unterseeboote gewisse Vereinbarungen beständen. Hier der Unterseeboote wurden, nachdem man gewisse Versuche, sie man mit ihnen vorgenommen hatte, beendet waren, ein offener Meerestest.

Wachsende Neigung für Koalitionsverbreiterung?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Berlin, 3. Nov. Die preussische Regierungskreise war am Mittwoch abend unverständlich. Die Besprechungen der Koalitionen mit Stegerwald sind den Tag über fortgesetzt worden, nachdem die Unterredung Stegerwalds mit dem Landtagspräsidenten endgültige Beschlüsse bis zum Zusammenritt des Landtages, das ist Donnerstag, vertagt hatte. Im allgemeinen besteht die Meinung, Stegerwald mit der Vorsitzführung der Verhandlungen zur Herbeiführung einer Verbreiterung der Koalition und damit mit dem neuen Kabinett zu beauftragen. Seitens des Zentrums und der Reichstagsopposition liegen entsprechende Beschlüsse bereits vor, die aber nur bedingt abgegeben sind.

Berlin, 3. Nov. Die Fraktion der Volkspartei des preussischen Landtages hat sich dahin entschieden, nur in ein Kabinett der großen Koalition einzutreten.

Berufung im Zentrum.

Berlin, 3. Nov. Wie zur preussischen Kabinettsbildung berichtet wird, hat es entgegen der bisherigen Auffassung nicht den Anschein, daß das Zentrum sich mit einer Wiederberufung der alten Koalition, Zentrum, Demokraten, und Sozialdemokraten, einverstanden erklärt habe und daß von der Zentrumseite eine ständige Aufgabe vorläge die die Wiederherstellung der Koalition sichert. Es scheint im Gegenteil im Zentrum eine starke Verhinderung darüber zu bestehen, daß ohne sein Vorwissen durch die erzwungene Demission des Kabinetts Stegerwald ein so unaccomplished geblieben wurde, daß das Zentrum sich nun beugen sollte. Die Abnahme dieser und der übrigen mit der Krise zusammenhängenden Fragen dürfte die Leute vermittels ständiger Fraktionsberatung bringen.

Reichstagsprogramm.

Berlin, 3. Nov. Der Reichstag nimmt heute nachmittags seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Interpellationen, sodann die Anfrage der U.S.P. über die Erhöhung der realen Mehrwertsteuer und über die Regelung des Verkehrs mit Österreich. Es folgt sodann die erste Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurfes über die Veränderung der Verordnung über Lohnbeschränkungen. Am Freitag dürfte der Ernährungsminister Dr. Brüning, der mit der Führung der Geschäfte des Reichspräsidenten beauftragt ist, die neuen Entwurfsentwürfe vorlegen. Die Aussprache hierüber wird voraussichtlich Freitag und Sonnabend in Anspruch nehmen.

Kommunistische Ausschachtung der Kartoffelnot.

Halle, 3. Nov. Aus Anlaß der Kartoffelnot erklärt Oberpräsident Höpning einem Aufsatz, in dem es u. a. heißt: Mit allen Mitteln muß dahin gebracht werden, daß Kartoffeln der vorerwähnten Bevölkerung zugänglicher werden, damit ernste Unruhen und Gewaltmaßnahmen gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermieden werden. Neben die Möglichkeit bevorstehender Unruhen treten hier andere Nachrichten vor. Im Interesse des öffentlichen Friedens liegt es das dringende Ersuchen an die Landwirtschaftskammer ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die landwirtschaftlichen Kreise zu einer stilleren, stilleren und schnelleren Vergabe der Kartoffeln zu veranlassen.

In gewissen Zusammenhängen mit diesem Aufrufe kämpfen aus Gleichem kommende Nachrichten. Dort wurden in mehreren Ortschaften Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen und eine große Anzahl von Kommunisten verhaftet. In Halle wurde ein rotes Flugblatt verteilt, in dem sich Unbekannte mit dem am 13. Oktober auf das Verwundungsgebäude des Bruders-Riedlebeiner Bergbauvereins ausgeübten Hausanfall, bei dem ihnen über 100 000 Mfl. in die Hände fielen, beschäftigen. Da der Betrag mit der tatsächlich gewonnenen Summe übereinstimmt, wird angenommen, daß der Verfasser des Flugblattes mit dem Räuber identisch ist.

Drohender Generallstreik in Berlin.

Berlin, 3. Nov. In der gestrigen Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird: Wenn der Konflikt im Berliner Gaßmitriggerwerb in drei Tagen nicht beigelegt wird, sei die Plenarversammlung sich entschlossen, den Generallstreik in Berlin auszuweisen.

Berlin, 3. Nov. Für den 9. November, den Jahrestag der Revolution, rufen die Erwerbslosen Groß-Berlins zu allgemeinen Streikdemonstrationen gegen die Regierung, für Sozialerwerb und für die Befreiung der Bauern und Berriebe durch die Arbeitslosenräte auf.

Die Zukunftsbeholdung der Beamten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 3. Nov. Die neue Beamtenbeholdungsvorlage wird dem Reichsrat erst am Montag vorgelegt. Nach einer am amtlicher Stelle gemachten Zusammenstellung erhält ein verheirateter Beamter mit zwei Kinder (6 bis 14 Jahren) nach der Vorlage in Ortsklasse A, Gruppe 1, einen Anfangs- bzw. Endgehalt (abzüglich des Steuerabzuges) von 17 530 bzw. 20 040 Mark, in Gruppe 2 20 290 bzw. 24 700 Mark, in Gruppe 3 21 840 bzw. 26 680 Mark, in Gruppe 4 23 590 bzw. 28 340 Mark, in Gruppe 5 25 240 bzw. 29 950 Mark, Gruppe 6 26 200 bzw. 31 110 Mark, in Gruppe 7 27 340 bzw. 34 610 Mark, in Gruppe 8 30 850 bzw. 37 980 Mark, in Gruppe 9 38 370 bzw. 41 440 Mark, in Gruppe 10 30 280 bzw. 45 400 Mark, in Gruppe 11 40 780 bzw. 50 385 Mark, in Gruppe 12 48 000 bzw. 58 915 Mark und in Gruppe 13 58 775 bzw. 73 885 Mark.

Zur Klarstellung.

Von Oberst a. D. G. Richter,
Leiter des Dresdner Finanzauschusses.

In der Landtagsitzung am 2. November hat Herr Minister Sipinski in seinem Hausreden über die Selbstorganisationen auch der Finanzauschüsse gedacht und diese in Verbindung mit konterrevolutionären Bestrebungen gebracht. In ähnlichen Gedankenbewegungen sind die Ausführungen eines kürzlich erschienenen Aufsatzes eines hiesigen literarischen Blattes über den Dresdner Finanzauschuss. Um jeder Verlegenheit die Spitze abzubrechen und dem gegen den Finanzauschuss erhobenen Vorwurf gleich anfangs zu begegnen, halte ich es als Leiter des hiesigen Finanzauschusses für nötig, die Wesentlichkeit über dessen wahre Natur zu unterrichten.

Als sich mit dem staatlichen Zusammenbruch in unserem Vaterlande alle Bande der Ordnung lösten, das Verbrechertum jeder Art Stadt und Land terrorisierte, Deutschland in einen Erwerbslosen nach bolschewistisch-rotten Muster zu zerfallen schien, Nord, Ost, Süd, West drohend ihr Haupt erhoben, stand die Revolutionsregierung diesen Zuständen machtlos gegenüber. Von ihr konnte keine Rettung kommen, denn sie hatte keine Macht, da sie die Reichsmittel des Staates selbst zertrümmert hatte. Sollte das deutsche Volk nicht völlig versterben, so mußte es aus sich heraus, ohne Zutun der Regierung, ja gegen ihren Willen, die nötigen Kräfte zur Sicherung der Auflösung finden. Das geschah. Unter der Führung von selbstlos denkenden Männern, die zum größten Teile länger als vier Jahre im Feilde für Volk und Vaterland gekämpft hatten, bildeten sich in Deutschland überall Selbstschutzorganisationen aus allen Volks- und Berufsständen. Unabhängig von ihrer parteipolitischen Gesinnung fanden sie sich in den Zeitereignissen, den Einwohnern, den Dörfern, den Städten und wie sie alle beiseite mannschaft aufstanden, um für das Gemeinwohl erneut ihre Haut gegen das Verbrechertum zu Markte zu tragen. Wie legendär sie gewirkt haben, wie viel ihnen das deutsche Volk, ja selbst die Männer der Regierung verdanken, deren Haupt in den Reihen des Reichswehrministeriums, der Revolution usw. oft genug stark bedroht waren und ohne den Bestand der Selbstschutzorganisation sicher gefallen wären, wird spätere Geschichtsschreibung beweisen. Diese Schutzorganisationen waren zunächst völlig auf sich selbst gestellt. Staatliche Unterstützung wurde ihnen nicht gewährt, konnte ihnen nicht gewährt werden. Und doch mußten sie gekleidet, genährt, bewaffnet und zum Teil auch entlohnt werden. Woher sollte das nötige Geld genommen werden? Die Organisationen mußten sich auf den Bürger geben und warben das Geld dort, wo der Opfergeist am stärksten war. Das war beim Bürgerium in seiner Gesamtheit, im besonderen beim Handel, der Industrie, der Landwirtschaft, der Fabrik. Sie opferten großzügig, jeder nach seinen Kräften, um über ihre Kräfte hinaus. Viele gaben den letzten, noch aus dem Kriege gestiegenen Vermögen her, um dem Vaterland auch in dieser letzten Not zu helfen. Mit einsetzender Verwilderung der inneren Zustände bekam die Regierung durch den Aufbau der staatlichen Machtmittel wieder Boden unter die Füße. Bürger und Arbeiter konnten erneut in ihre Arbeitstätten zurückkehren. Zurück aber die Einflucht und Heberzeugung, daß allein die Hebung des vaterländischen Geistes, die Erziehung des deutschen Volkes zum Gemeinheitsgedanken, die Befähigung des bolschewistischen Erzwahnes, die Rettung des Volkes aus irdischer und geistlicher Not, in die weite Kreise des Volkes durch Krieg und Revolution geraten waren, die Wiederkehr der ungeliebten Zustände verhindern konnten. Es galt, die in Unmoral verfallene Jugend aller Kreise zu retten, den vielen verzweifelnden Erfindungen neuen Halt zu geben, den durch die Entlassung aus dem Heeres- und Staatsdienst trotz des Gewordenseins und auf die Straße Geworfenen, den aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten bei der Suche nach neuen Berufen schließlich zu sein. Es galt, den Kriegswitwen, den Waisen und Waisen zu helfen. Es war nötig, die in den Wahlkampfgebieten um ihr Deutschtum kämpfenden zu unterstützen, den von Polen und Franzosen drangialierten Obergeschichten Bestand zu leisten usw. Unter Volk mußte über das Verbrechen von Versailles, über die Folgen des Friedensberügerwerkes, der feindlichen Grenzpropaganda aufgeklärt werden. Kurzum hundert und tausend neue Aufgaben traten hervor, erforderten geheimerischer Erfüllung und verlangten finanzielle Förderung. Die verschiedenen Organisationen, die sich zur Bewältigung der Aufgaben gebildet hatten, und deren Zahl von Tag zu Tag wuchs, waren genau so auf sich selbst angewiesen, wie die vorher behandelten Selbstschutzverbände. Der neue und so arme Staat, der seine Einfälle in der Unterhaltung des millionenfach angeworbenen Beamtentums und der Erfüllung der feindlichen Forderungen verzehrt, hat für diese Aufgaben gebildet hatten, und deren Zahl von Tag zu Tag wuchs, waren genau so auf sich selbst angewiesen, wie die vorher behandelten Selbstschutzverbände. Der neue und so arme Staat, der seine Einfälle in der Unterhaltung des millionenfach angeworbenen Beamtentums und der Erfüllung der feindlichen Forderungen verzehrt, hat für diese Aufgaben gebildet hatten, und deren Zahl von Tag zu Tag wuchs, waren genau so auf sich selbst angewiesen, wie die vorher behandelten Selbstschutzverbände.

Es war beherrschend, daß anfangs der Opfergeist vielfach mißbraucht und ausgebeutet wurde. Um diesem Mißbrauch zu steuern und eine Gewähr dafür zu haben, daß das